



Die bisherigen Ergebnisse zeigen große Zustimmung für UBL-Ziele:

Riesenerfolg für unsere Bürgermitsprache-Aktion

Moser zur Bürgerlisten-Aktion: „Das ist nicht normal!“

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Bürgerlisten-Fragebogenaktion zu Bebauung und Verkehr zeigen ein klares Bild: Die Bürger wünschen nur moderate Bebauung, Häuser mit maximal 2 Wohnungen in den bisher für 3 Wohneinheiten gewidmeten Bereichen des Ortes und sie lehnen kleinere Grundstücksgrößen als bisher erlaubt eindeutig ab. Der unverändert hohe Rücklauf an Fragebögen (bisher mehr als 200) veranlasst die Bürgerliste, die Befragungsaktion weiter zu verlängern. Gerne senden wir Fragebögen zu. Bitte einfach anfordern bei buergerliste@hinterbruehl.at oder bei Gf. GR Ferdinand Szuppin, 0660 604 50 10. Bestürzend sind die öffentlichen Reaktionen des Bürgermeisters, die tiefen Einblick in dessen Demokratieverständnis geben. Ausführliche Berichte auf den nächsten Seiten

Unabhängige Bürgerliste
Auf der Seite der Bürger.

**Gewachsenes
Ortsbild erhalten,
gehobene
Wohnqualität sichern,
Natur und Umwelt
schützen.**

„Unserem Wahlprogramm 2015 haben mehr als 30% der Hinterbrühler Bürgerinnen und Bürger zugestimmt. Dieses Wahlprogramm umzusetzen, ist eine Verpflichtung und Aufgabe, der wir uns mit aller Kraft widmen – mit den Bürgern, für die Bürger.“

Gf. GR Johanna Riedl, Obfrau
der Unabhängigen Bürgerliste

BRAVO !!!

UNABHÄNGIGE

Bürgerliste

Auf der Seite
der Bürger

Bürgermitsprache-Aktion

Bebauung und Verkehr.

DIE UNABHÄNGIGE BÜRGERLISTE FRAGT DIE BÜRGER UM IHRE MEINUNG

Liebe Hinterbrühlerinnen, liebe Hinterbrühler!

Die Unabhängige Bürgerliste war und ist immer bestrebt, eine Politik für die Bürger und mit den Bürgern zu gestalten. Nun bitten wir Sie, uns Ihre persönlichen Vorstellungen über die künftige Bebauung in Hinterbrühl, Weissenbach und Sparbach bekannt zu geben.

Weitere Fragen betreffen Ihre Meinung zur Einführung von Tempo 40 auf der Johannesstraße/Hauptstraße.

Die Entscheidungen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan fallen in den nächsten Wochen und Monaten und werden sich auf die

Die Bürgerbefragungsaktion der Unabhängigen Bürgerliste gestaltet sich zu einem großen Erfolg und erfährt breite Zustimmung. Zahlreiche Bürger geben noch zusätzliche Anregungen, Vorschläge und – wie zu sehen – positive Kommentare ab. Danke an alle, die bereits an der Fragebogenaktion teilgenommen haben. Für alle, die noch teilnehmen wollen, haben wir die Aktion verlängert.

Panische Reaktionen auf Bürgermitsprache-Aktion der Bürgerliste: Ist Mitspracherecht der Bürger „nicht normal“?

Beim Thema Flächenwidmung und Bebauung reagieren Bgm. Mag. Erich Moser und Raumordnungsausschuss-Obmann Peter Pikisch (beide ÖVP) mit Panik. Dass die Bürgerliste die Bürger um ihre Meinung fragt, können die beiden offenbar nicht fassen. Unsachliche, untergriffene Vorwürfe statt sachlicher Argumentation: reagiert man so auf eine Bürgerbefragung? Auch der Leserbrief eines früheren Bürgerlisten-Mandatars und ein Austritt aus der Bürgerliste zeichnen ein bestürzendes Sittenbild der Hinterbrühler Gemeindepolitik.

„Übelste Angstmache“, „nicht mehr normal“?

Diese Äußerungen von Bürgermeister Moser sind in der NÖN Nr. 45 nachzulesen. Die Grundlagenforschung eines Raumordnungsbüros zu einem

neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan stellt konkrete Vorschläge für mehr Verbauung, Nachverdichtung, Aufschließungszonen etc. zur Diskussion.

Moser redet das als „Kapazitätsprobe für die Infrastruktur“ klein.

Billige Polemik statt sachorientierter Politik

Den von der Bürgerliste geführten Dialog mit den Bürgern polemisch als „nicht mehr normal“ zu bezeichnen und andererseits einem offenen Dialog mit den Bürgern

und den anderen Gemeinderatsparteien auszuweichen, ist das Gegenteil von „Zusammenarbeit“ und sachorientierter Politik.

Heute noch absolute Macht – aber 2020?

Auch wenn sich Bgm. Moser heute wenig um die Meinung der Bürger zu scheren scheint: Bei der nächsten Gemeinderatswahl Anfang 2020 werden ihm vielleicht entscheidende Stimmen abgehen. Denn: Die Wähler haben ein gutes Gedächtnis ...

Zählt Eigennutz mehr als Gemeinwohl?

Dass sich der frühere Bürgerlisten-Gemeinderat **KR Mag. Kurt Stättner**, der – gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin **Mag. Susanne Halat** – seit 2015 als „wilder“ Mandatar im Gemeinderat sitzt, gerade jetzt in einem Leserbrief im „Hinterbrühler“ mit wüsten Angriffen auf die Unabhängige Bürgerliste zu Wort meldet, könnte mit der Position der Bürgerliste zu den künftigen Flächenwidmungs- und Bebauungsbestimmungen zusammenhängen.

Hohes Interesse an Widmungsänderungen?

Er besitzt im Kiental gemeinsam mit seiner Schwester zwei insgesamt rd. 8.500 m² große Grundstücke, teils in Waldrandlage. Bisher ist die Widmung der Bebauungsdichte 5%, 15% und 20%. In der Studie des Raumplanungsbüros ist der Punkt „Konfliktlösung für Grundstücke in Waldrandlage“ in der Studie des Raumplanungsbüros zu finden, deren Inhalt Grundlage der derzeitigen Bürgerlisten-Befragungsaktion ist.

Bürgerliste empfahl andere Vorgangsweise

Auf 2.500 m² dieser Grundstücke ließ Stättner im Jahr 2015 dutzende über 60 Jahre alte Bäume fällen. Die Bürgerliste hatte ihn damals aufgefordert, VOR diesen Fällungen alle erforderlichen Genehmigungen einzuholen.

Er hat aber einfach vollendete Tatsachen geschaffen und hat argumentiert, dass er keine Genehmigungen brauche.

Bürgerliste forderte 2015 Stättner zum Rücktritt auf

Da diese Vorgangsweise nicht den Prinzipien der Bürgerliste entspricht, hat sie ihn zum Rücktritt aufgefordert – unabhängig davon, ob er nachträglich die Fällungen genehmigt bekommt. Das hat gar nichts mit einem „Eingriff in Bürgerrechte“ zu tun, sondern einfach mit politischem Ethos. Nach Stättners eigenen Aussagen hat er diese Bescheide nachträglich bekommen – mit einer Auflage: Falls nicht innerhalb von 5 Jahren gebaut wird, muss er wieder aufforsten. Der Rücktrittsaufforderung kam

Stättner nicht nach, sondern entschied sich, mit Lebensgefährtin Susanne Halat als „wilde“ Mandatäre im Gemeinderat zu bleiben.

Stättner wirft Bürgerliste „Charakterlosigkeit“ vor

Er wirft der Bürgerliste vor, sich „charakterlos gegenüber ihren eigenen Mitgliedern“ verhalten zu haben. Es ist jedoch so: Die Positionen der Bürgerliste gelten für alle, auch für eigene Gemeinderäte. Ist das „charakterlos“?

Kein Gründungsmitglied der Bürgerliste

Die Behauptung Stättners, „Gründungsmitglied“ der Bürgerliste zu sein, ist falsch. Er war 1990 im Gemeinderat, ist aber nach wenigen Wochen wieder ausgeschieden.

Gemeinderätin gibt Rückzug bekannt

GR Christine Neumann gab bekannt, sich aus gesundheitlichen Gründen aus der Politik zurückziehen zu wollen. Stunden später änderte sie ihre Meinung und will nun ebenfalls als „Wilde“ im Gemeinderat bleiben. Fühlt sie sich als „Wilde“ gesund genug? Weiters führte sie in einem Gespräch aus, sie besitze ein Haus an der Gaadner Straße und befürchte wirtschaftliche Nachteile durch einen möglicherweise geplanten Neubau auf einem Nachbargrundstück.

Was das mit ihrem Amt als Bürgerlisten-Gemeinderätin zu tun hat, ist nicht leicht nachvollziehbar.



Das kassieren die wilden Mandatäre. Für welche Leistung?

Mag. Kurt Stättner wilder Gemeinderat, nur 1 Vorzugsstimme bei der GR-Wahl 2015
Kostet die Steuerzahler bis zur Wahl 2020 **rd. 7.000 Euro**



Mag. Susanne Halat wilde Gemeinderätin, nur 5 Vorzugsstimmen bei der GR-Wahl 2015
Kostet die Steuerzahler bis zur Wahl 2020 **rd. 7.000 Euro**



Christine Neumann wilde Gemeinderätin, nur 2 Vorzugsstimmen bei der GR-Wahl 2015
Kostet die Steuerzahler bis zur Wahl 2020 **rd. 5.000 Euro**

Ihr wurdet nicht für die Vertretung Eurer privaten Interessen gewählt.

Wehren Sie sich gegen Missachtung der Bürger: Bürgermitsprache-Aktion verlängert

Sind Äußerungen der ÖVP-Spitze über die UBL-Bürgermitsprache-Aktion „Angstmache“ Ausdruck der Angst vor dem Bürgerwillen?

Die Bürgerliste setzt weiterhin auf den Dialog mit den Bürgern und verlängert die Aktion bis Mitte Jänner 2017. Für uns ist der Bürgerwille ein entscheidendes Kriterium für unsere Arbeit. Es ist wichtig, dass möglichst viele Bürger über die Zukunft unseres Ortes ihre Meinung sagen.

Bisherige Ergebnisse sind eindeutig

Aus den bisher mehr als 200 Einsendungen ergibt sich ein klarer Trend für moderate Bebauung, für 2 Wohneinheiten und für die bisherigen Grundstücksgrößen. Dennoch: Uns interessiert auch Ihre Meinung

Bei Bedarf bitte Fragebogen anfordern

Wir senden Ihnen gerne auf Anforderung Fragebögen zu. Weiters haben Sie auf unserer

Homepage www.hinterbruehl.at die Möglichkeit, abzustimmen.

Fragebogen anfordern:
buergerliste@hinterbruehl.at
oder F. Szuppín, 0660 604 50 10.

Fragebogen abgeben, leicht gemacht

- per Post senden, bei
- Bürgerlisten-GR Anita Scherz, Parkstraße 25, in den Postkasten,
- beim Weihnachtsstand der Unabhängigen Bürgerliste am Sonntag, 11. Dezember, 10–13 Uhr, abgeben bzw. ausfüllen.

Ein bisschen viele „Zufälle“!

Ist schon interessant, welche Reaktionen die Bürgermitsprache-Aktion der Bürgerliste auslöst: Dass der Bürgermeister ob der Bürgerlisten-Befragungsaktion „ausrastet“, mag ja noch hingehen, dass sich aber ein Ex-Bürgerlisten-Gemeinderat nach einem Jahr schweigendem Absitzens seines nun „wildem“ Gemeinderatsmandates mit schweren Angriffen gegen die Bürgerliste zu Wort meldet und eine weitere ihren Hut nimmt, ist schon ein bisschen viel auf einmal.

Die Bürgerliste hat natürlich mit Bürgerinnen und Bürgern über die Ereignisse der letzten Tage gesprochen. Mehrfach wurde gesagt, dass das Ganze nach einer „konzertierten Aktion“ aussehe, mit dem Ziel, die Bürgerliste mundtot zu machen. Für die Politik der Bürgerliste haben diese Vorgänge in der Praxis jedoch nur wenig Bedeutung. Wir setzen unsere Arbeit gegen die Verbauung auf Basis unseres Wahlprogramms fort. Wer nicht mitzieht, fehlt auch nicht. Die

Bürgerliste ist nicht erpressbar und lässt sich auch nicht mundtot machen. Alle, die dies versuchen, können sich diesen Gedanken aus dem Kopf schlagen. Und auch die Bürger merken sehr rasch, welches Spiel hier läuft.

Bürgerliste nicht für „eigene Interessen“ da

Wer glaubt, die Funktion als Bürgerlisten-Gemeinderat für seine persönlichen Interessen nutzen zu können, ist im Irrtum. Allen, die die Bürgerliste verlassen haben, ist eines gemeinsam: Sie haben nach eigenen Aussagen Interessen in Bau- und Widmungsfragen. Der eine hat Grundstücke mit für ihn möglicherweise

ungünstiger Widmung, die andere hat diffuse Befürchtungen wegen der Bebauung ihres Nachbargrundstückes. Klar muss sein: Die Prinzipien der Bürgerliste gelten für alle in gleichem Maße – auch für die eigenen Gemeinderäte.

Wie wird sich der Bürgermeister verhalten?

Viele fragen, welche Rolle der Bürgermeister in dieser Causa spielt. Der Bürgermeister ist maßgeblich u. a. für Flächenwidmungs- und Bebauungsfragen und Baugenehmigungen, er kann mit absoluter ÖVP-Mehrheit Beschlüsse fassen. Seine Vorgangsweise in den dargestellten Fällen wird die Öffentlichkeit sehr kritisch beobachten.

Bitte geht, und zwar rasch!

- **Ist es Euch nicht selbst peinlich**, zuerst das Wahlprogramm der Bürgerliste mit beschlossen zu haben und dann unsere 724 Wählerinnen und Wähler und die Ziele der Bürgerliste im Stich zu lassen?
 - **Ist es Euch nicht selbst peinlich**, zu glauben, mit gemeinsam nur 8 persönlichen Vorzugsstimmen irgendeine Legitimation für den Verbleib im Gemeinderat zu haben?
 - **Ist es Euch nicht selbst peinlich**, bis zur nächsten Gemeinderatswahl insgesamt fast 20.000 Euro zu kassieren?
 - **Ist es Euch nicht selbst peinlich**, in der Öffentlichkeit als Menschen zu erscheinen, die mit Steuergeld möglicherweise Ziele verfolgen, für die sie nicht gewählt wurden?
 - **Ist es Euch nicht selbst peinlich**, 3 der 8 Bürgerlisten-Mandate zu blockieren und engagierte Bürgerlisten-Kandidaten am Nachrücken und der Arbeit für unsere Wähler zu hindern?
- Bitte geht. So viel Anstand erwarten unsere Bürger.**

Editorial



Liebe Leser!

Das Wichtigste zuerst: Unsere Bürgermitsprache-Aktion kann schon jetzt eine sehr hohe Beteiligung verzeichnen. Dennoch haben wir uns entschlossen, die Aktion bis Mitte Jänner zu verlängern. Es geht einfach um jede einzelne Meinung – auch um Ihre. Und es geht um die Entwicklung unserer Gemeinde in den nächsten Jahrzehnten.

Die Bürgermeinung wird da und dort offenbar gefürchtet, das zeigen die unsachlichen Reaktionen von Bürgermeister Moser in der NÖN und seines Raumordnungsausschuss-Obmanns Peter Pikisch in der jüngsten Ausgabe des „Hinterbrühler“. Fürchten sie, von den Bürgern in ihren Plänen gestört zu werden?

Dass sich ein früherer Bürgerlisten-Gemeinderat – wie er im „Hinterbrühler“ schreibt – aus der Bürgerliste zurückgezogen hat, weil diese seine Vorgangsweise in Grundstücksfragen nicht unterstützt hat, ist für dessen politisches Selbstverständnis bezeichnend. Zu glauben, für sein Engagement bei der Bürgerliste Unterstützung für persönliche Vorhaben einfordern zu können und sich dann über die „Charakterlosigkeit“ der Bürgerliste zu beklagen, die sich nicht einspannen ließ, ist, wie ich meine, in unserer Gemeinderatsgeschichte einzigartig.

Das Wahlprogramm der Bürgerliste gegen die Verbauung und für die Erhaltung des Ortsbildes hat bei der GR-Wahl 724 Wähler überzeugt und sie wurde mit 8 Mandaten ausgestattet, um diese Ziele durchzusetzen. Auch die abgesprungenen Mandatäre haben dieses Wahlprogramm mit beschlossen. Haben sie diesen Wählerauftrag hintangestellt, um ihren eigenen Interessen besser folgen zu können?

Frohe Weihnachten und ein friedliches, erfolgreiches neues Jahr, auch im Namen des gesamten Teams.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Gf. GR Ferdinand Szuppín
Fraktionsobmann
der Unabhängigen Bürgerliste
buergerliste@hinterbruehl.at

Angstmacherei oder Realität? Ein Faktencheck

Statt zum Thema Flächenwidmung und Bebauung sachliche Beratungen in den zuständigen Gremien einzuleiten, statt transparent und offen über ihre Vorhaben zu sprechen, statt mit den Bürgern über deren Wünsche und Vorstellungen zu diskutieren, verschanzt sich die ÖVP-Spitze hinter Allgemeinplätzen wie „Angstmacherei“ etc.

Die Bürgerliste hat einen anderen – den richtigen – Weg gewählt: Die Befragung der Bürger zur künftigen Entwicklung des Ortes – und zwar, bevor Entscheidungen fallen. Ausgangspunkt für die Fragestellungen waren die Feststellungen in der „Grundlagenforschung“ eines Raumplanungsbüros.

Bis zu 9.000 Einwohner wären möglich

Diese Zahl ergibt sich aus der Summe der von dem Büro erhobenen maximal möglichen Einwohnerzahlen für Hinterbrühl, Weissenbach und Sparbach und der Hinzurechnung der Zweitwohnsitzer.

Welche Maßnahmen werden angesprochen?

In der Studie werden unter anderem aufgezählt:

- keine zusätzlichen Verschärfungen der Bestimmungen (gemeint ist: keine Einschränkungen in den Bebauungsmöglichkeiten, weiter 3 WE. Anm.),
- Innenverdichtung des bebauten Ortsgebietes,
- Festlegung von Aufschließungszonen für weitere Verbauung,
- kleinere Grundstücksgößen,
- Baulandumlegungen andenden,
- Überlegungen zu Flächen im Gemeindebesitz
- Konfliktlösung für Grundstücke in Waldrandlagen und einige weitere Punkte.

Vorschläge am Tisch – und die ÖVP schweigt ...

Bisher hat sich die ÖVP zu diesen Vorschlägen nicht geäußert und

MARKTGEMEINDE HINTERBRÜHL GRUNDLAGENFORSCHUNG zum ENTWICKLUNGSKONZEPT 2016 auf Basis des Örtlichen Raumordnungsprogrammes und des Bebauungsplanes

Die „Grundlagenforschung zum Entwicklungskonzept 2016“ (oben der offizielle Titel) zeichnet ein Bild, wie sich Hinterbrühl in den nächsten Jahrzehnten entwickeln könnte. Was die ÖVP davon tatsächlich verwirklichen will, gibt sie nicht bekannt.

ihre eigenen Vorstellungen nicht dargelegt. Daher muss die Diskussion auf Basis des vorliegenden Szenarios geführt werden. Wie sind die einzelnen Punkte der Studie zu interpretieren?

Innenverdichtung

Diese kann erreicht werden durch 3-Wohneinheiten-Bauten, durch die Teilung von Grundstücken und durch weitere Änderungen der Bebauungsbestimmungen. Klarerweise müssen bei solchen Plänen auch die Grundbesitzer dazu bereit sein.

Aufschließungszonen

Eine Bestimmung des Landes, die aber eher für das flache Land gedacht sein wird – sagt, dass größere Grundstücksflächen mit Mehrheitsbeschluss der einzelnen Eigentümer und dem Sanktus der Gemeinde „bebauungsgerechter“ aufgeteilt werden können.

In Hinterbrühl gibt es lange, schmale Grundstücke, die früher Weingärten waren. Diese könnten in einigen Zonen neu und schachbrettartig angeordnet werden.

Kleinere Grundstücke

In der Studie wird davon gesprochen, dass über kleinere Grundstücke nachgedacht werden sollte, da diese leistbarer seien.

Welche kleinste Bauplatzgröße ist im Rahmen der derzeitigen Bestimmungen möglich? Die Rechnung ist einfach: In den Hinterbrühler Bebauungsbestimmungen ist festgelegt, dass ein Gebäude mindestens 80 m² Grundfläche haben muss. Bei 20% Bebauungsdichte müsste also das Grundstück mindestens 400 m² groß sein. So einfach ist das ...

Baulandumlegungen

Gemeint ist vermutlich, dass Bauland in Gefährdungszonen (Hochwasser) rückgewidmet

werden könnte und durch neues Bauland in anderen Bereichen des Ortes ersetzt wird.

Flächen in Gemeindebesitz

Diese Überlegungen könnten im Zusammenhang mit der Innenverdichtung von Ortsbereichen stehen oder von Rückwidmungen in Gefährdungszonen stehen. Näheres ist nicht bekannt.

Noch wurden keine Beschlüsse gefasst

Die Studie liegt seit Mai 2016 vor. Beraten wurde sie in den Gemeinderatsgremien noch nicht. Auch Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Was davon verwirklicht wird oder nicht, liegt in den Händen des Bürgermeisters und seiner absoluten ÖVP-Mehrheit.

Ortsentwicklung 1975: Manndorff zog Notbremse

Bereits 1974/1975 wurde vom damaligen Vizebürgermeister Manndorff eine Ortsentwicklungsstudie in Auftrag gegeben. Als höchstmögliche Einwohnerzahl wurde 10.000 ermittelt. Manndorff zog damals sofort die Notbremse und führte restriktive Bebauungsbestimmungen ein.

Das damalige Konzept wurde übrigens ausführlich mit den Bürgern diskutiert. Früher war man halt doch bürgernäher als heute ...



Der **GEMEINDEBOTE** 2371 Hinterbrühl

Nr. 48 MITTEILUNGSBLATT DER MARKTGEMEINDE HINTERBRÜHL Dezember 1974

Vizebürgermeister
Ferdinand Manndorff



EINLADUNG ZUR BERATUNG

(Öffentliche Aussprache über Raumordnung und Flächenwidmungsplan am 17. Dezember)

Der Flächenwidmungsplan steht zur Diskussion. Es geht um das Leitbild für die künftige Entwicklung unserer Hinterbrühl (einschließlich der zu unserer Gemeinde gehörenden Orte Weissenbach und Sparbach). Der Entwurf ist ausgearbeitet. Er muß laut Gesetz offiziell zur Einsicht aufgelegt werden. Offizielle Dinge haben bekanntlich einen Nachteil: Sie können nur mit Schwierigkeiten geändert werden – oder gar nicht.

Daher möchten wir uns mit Ihnen beraten bevor der Flächenwidmungsplan offiziell veröffentlicht wird. Sie sollen sagen, was Sie anders haben wollen. Denn Sie wohnen hier und Sie sollen hier eine Gemeinde vorfinden, in der Sie sich wohl fühlen. Und wir wollen für die wirtschaftliche Entwicklung der Hinterbrühl, so vor allem für Gewerbe, Fremdenverkehr, Versorgungsbetriebe, die besten Voraussetzungen schaffen. (Forts. Seite 2)

1974 – das waren noch Zeiten: Ein Bürgermeister, der das Ortsentwicklungskonzept mit den Bürgern diskutiert, bevor Entscheidungen fallen. Wenn heute die Bürgerliste eine Bürgerbefragung zum selben Thema macht, wird das als „Angstmache“ und „nicht normal“ bezeichnet. Die Bürgerliste wird sich dafür einsetzen, dass auch diesmal die Bürgermeinung entsprechend berücksichtigt wird.